

Tages-Anzeiger vom 19.06.2004

Heikle Waffenexporte bewilligt

Trotz missachteter Menschenrechte wird der boomende Waffenexport nach Saudiarabien nicht eingeschränkt. Dies hat der Bundesrat still und heimlich beschlossen. Nun gibts Kritik.

Von Bruno Vanoni, Bern

Im Parlament stand Saudiarabien wiederholt am Pranger. Es gebe dort ein «repressives, undemokratisches und autoritäres Regime», lautete schon vor Jahren ein Vorwurf, der leider heute noch gilt. Der Bundesrat antwortete letztmals im Jahr 2000, dass er sich ständig mit allen möglichen Mitteln für die missachteten Menschenrechte in Saudiarabien einsetze. Und er versprach, er werde diesbezüglich «auch in Zukunft eine aktive, kohärente und konstruktive Politik betreiben».

Deiss: Vom Kritiker zum Promotor

Vor zwei Jahren hat Bundesrat Joseph Deiss das nahöstliche Problemland sogar namentlich vor der Uno-Menschenrechtskommission gerügt: Zusammen mit den USA und China gehört Saudiarabien zu den drei Staaten, welche die Todesstrafe am häufigsten anwenden. Zwei Jahre später ist aus dem Aussenminister ein Wirtschaftsminister geworden, der gegen den Einspruch seiner Nachfolgerin Micheline Calmy-Rey im Bundesrat heikle Waffenexporte nach Saudiarabien durchsetzt.

Konkret geht es um «Ersatzteile und Einzelteile von Gewehren» sowie um Munition, wie Manuel Sager auf Anfrage bestätigt. Mehr ist vom Informationschef des Volkswirtschaftsdepartementes (EVD) über den vertraulichen Bundesratsentscheid nicht zu erfahren, der gemäss einem parlamentarischen Vorstoss Ende März gefallen ist. Insbesondere sagt EVD-Sprecher Sager nichts zum Umfang der bewilligten Kleinwaffen-Exporte; er soll mehrere Millionen Franken ausmachen.

Vertraulicher Streitfall im Bundesrat

Zum Vergleich: In den letzten Jahren hat die Schweiz gemäss den veröffentlichten Kriegsmaterial-Statistiken nie Munition nach Saudiarabien exportiert. Und die gelieferten Hand- und Faustfeuerwaffen hatten pro Jahr höchstens einen Wert von gut 30 000 Franken.

Allein schon die Tatsache, dass der Bundesrat über das Saudiarabien-Geschäft entscheiden musste, lässt auf seine Brisanz schliessen. Denn das Gesetz sieht Bundesratsentscheide für Waffenexporte nur vor, wenn die «ausser- oder sicherheitspolitische Tragweite» erheblich ist oder die zuständigen Verwaltungsinstanzen sich nicht einigen können. Damit das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) eine Exportbewilligung erteilen kann, muss das Aussendepartement (EDA) einverstanden sein. Dies war beim Saudiarabien-Geschäft nicht der Fall, wie Recherchen des «Tages-Anzeigers» ergaben.

Munition für brutale Repression

Konkret hat das EDA das Exportgesuch schon vor fast einem Jahr blockiert, weil sich die Menschenrechtsslage nach den Bombenanschlägen von Riad noch weiter verschlechtert hatte. Die beantragten Lieferungen ans saudische Innenministerium könnten, so die EDA-Befürchtung, für die interne Repression verwendet werden.

In ihrem «Krieg gegen den Terror» hätten die Behörden Saudi Arabiens Hunderte religiöser Aktivisten, Kritiker der Regierung und Demonstranten verhaftet, schreibt Amnesty International im neuesten Jahresbericht. Todesurteile, Folterungen und Misshandlungen seien «an der Tagesordnung». Auch Auspeitschungen und die Amputationen von Gliedmassen werden praktiziert. Saudi Arabien verletzt damit klar die Anti-Folter-Konvention.

Die Einhaltung des Völkerrechts, die Respektierung der Menschenrechte und die Folgen für die regionale Stabilität gehören aber zu den Kriterien, die bei der Bewilligung von Waffenexporten «zu berücksichtigen sind». Das EDA hat sich auf diese rechtliche Verpflichtung berufen können, als es dem vom Seco befürworteten Geschäft mit Saudi Arabien opponierte. Dem Vernehmen nach hat es dabei aber kein absolutes Exportverbot verlangt.

Calmy-Rey schweigt kollegial

Das EDA wäre vielmehr bereit gewesen, den Export von Waffen weiterhin zu bewilligen, sofern diese der Landesverteidigung dienen und kaum im Landesinnern eingesetzt werden können. Solche Waffen - Kanonen, Fliegerabwehr, Feuerleitgeräte und gepanzerte Fahrzeuge - haben in den letzten vier Jahren 98,5 Prozent der Waffenexporte nach Saudi Arabien ausgemacht. Das EDA wollte bloss die bisher marginalen Kleinwaffen-Geschäfte stoppen und damit verhindern, dass diese auf die Höhe von mehreren Millionen Franken explodieren.

Offiziell will sich das EDA freilich nicht äussern. Aussenministerin Micheline Calmy-Rey sagte dem «Tages-Anzeiger» nur, sie habe dem Bundesratsentscheid von Ende März nichts beizufügen. EVD-Informationsschef Manuel Sager widerspricht dem Vorwurf, der Bundesrat habe seine Bewilligungspraxis geändert. Das mag für Saudi Arabien zutreffen, das weiter uneingeschränkt beliefert werden kann.

SP rügt «gefährlichen Präzedenzfall»

Kritiker des Bundesratsentscheids befürchten jedoch, dass der Saudi Arabien-Entscheid die Praxis für andere Länder verändern wird: Wenn trotz der verschlechterten Menschenrechtssituation und der gewachsenen Instabilität weiterhin alles Kriegsmaterial nach Saudi Arabien geliefert werden darf, dann seien bisherige Exportbeschränkungen in andere Problemländer kaum mehr zu rechtfertigen.

Der Berner SP-Nationalrat Paul Günter spricht deshalb von einem «gefährlichen Präzedenzfall zur Aufweichung des Kriegsmaterialgesetzes». Er hat namens der Fraktion eine Motion deponiert, die den Bundesrat zur «unumgänglichen Korrektur des Fehlentscheides» auffordert. Pierre-Alain Gentil (SP, JU) hat mit einem Vorstoss im Ständerat nachgedoppelt und so dafür gesorgt, dass das Saudi Arabien-Geschäft in der nächsten Session aufs Tapet des Parlamentes kommen wird.